

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. März 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 241 Anfrage Schnider-Schnider Gabriela und Mit. über die Prüfung eines Smartphone-Verbotes an den Luzerner Volksschulen / Bildungs- und Kulturdepartement

Gabriela Schnider-Schnider ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Gabriela Schnider-Schnider: 82 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer würden ein Handyverbot an den Schulen unterstützen. Das wenigstens besagt die Sotomo-Umfrage vom vergangenen Dezember. Vor einer Woche hat der Ständerat zwei Postulate oppositionslos gutgeheissen, die zum Teil ebenfalls in diese Richtung zielen. Der Bundesrat ist bereit, eine eigene Auslegeordnung zu machen. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider will sich aber der Frage nach einem Verbot – Zitat «nicht in kantonale Angelegenheiten einmischen.» Nur schon deshalb ist es wichtig, wenn sich auch der Kanton Luzern mit dieser Thematik näher auseinandersetzt. Mit der vorliegenden Anfrage kann nun eine offene Umfrage über den Umgang mit dem Handy im Umfeld unserer Volksschule stattfinden. Es wird sich dann zeigen, ob weitere Schritte Richtung einheitlicher Handhabung oder sogar hin zu einem generellen Verbot gewünscht werden. Ich schätze es, dass die Regierung die Bedenken hinsichtlich möglicher gesundheitlicher und sozialer Folgen soweit teilt. Ich gebe der Regierung recht, dass die Anwendung von digitalen Medien gelernt werden muss und im schulischen Bereich ihre Chancen und Berechtigungen hat. Nur, dazu braucht es auf Stufe Volksschule, also bis zum Ende der 3. Sekundarschulklasse, kein privates Smartphone. Die Umsetzung der Inhalte des Lehrplans 21 kann dank den schuleigenen Tablets auch ohne Handy sichergestellt werden. Die Gemeindeautonomie in Ehren, aber eine einheitliche kantonale Regelung zum Smartphone an den Schulen würde schon Sinn machen.

Diesbezüglich habe ich auch von verschiedenen Lehrpersonen zustimmende und dankbare Rückmeldungen erhalten. Verbindliche Mindeststandards würden den Lernenden, dem Lehrpersonal und den Eltern mehr Sicherheit und Klarheit bieten, während noch Spielraum für individuelle Anpassungen bleiben würde. In der Anfrage wurde bewusst nicht die ganze Problematik des unkontrollierten Handykonsums thematisiert. In diesem Zusammenhang hat das Jugendparlament eine Petition zum Schutz vor Fake News in sozialen Medien überwiesen. Wir werden uns also in Zukunft auch auf kantonaler Ebene mit diesem Thema noch beschäftigen. Die Mitte-Fraktion ist sich einig, dass die Volksschule das ideale und am besten kontrollierbare Gefäss bildet, was die die Überwachung des Smartphonekonsums anbelangt. Wir fragen uns aber, was in der Zeit vor und nach dem Schulunterricht geschieht, nämlich in der Freizeit und im heimischen Umfeld. Kinder haben das Anrecht, ausgeruht und

ohne Augenringe durch den nächtlichen Handykonsum in die Schule zu gehen. Ein verantwortungsbewusster Umgang soll auch ausserhalb der Schule gelebt werden. Hier stellt sich die Frage, wie weit bei den Erziehungsberechtigten verbindlich angesetzt werden kann und welche weiteren Massnahmen nötig wären. Wir müssen gemeinsam – Schule, Eltern und Politik – Lösungen finden, um unsere Jugend im digitalen Zeitalter bestmöglich zu unterstützen und zu schützen. Die Mitte bleibt dran.

Urs Christian Schumacher: Ergänzend zu der bereits genannten Sotomo-Untersuchung möchte ich betonen, dass ein Handyverbot quer durch die ganze Parteienlandschaft gewünscht wird. Bei den SVP- und den SP-Wählern sind es 85 Prozent und bei den GLP-Wählern, die am wenigstens kritisch sind, immer noch 75 Prozent. Österreich hat mit Wirkung auf den 1. Mai 2025 landesweit ein Handyverbot an Schulen bis zur 8. Klasse ausgesprochen. Griechenland, Ungarn und Italien starten das neue Schuljahr ohne Handy. Frankreich testet an 200 Schulen ein Handyverbot. Der Regierungsrat differenziert in seiner Antwort nicht klar zwischen den unterschiedlichen Anwendungsbereichen der Digitalisierung. Hier geht es nur um den Bereich Social Media und Unterhaltungsprogramme und nicht um sinnvolle, spezifische digitale Anwendungen, Arbeitsprogramme und IT-Lösungen in Schule und Beruf. Zu den negativen Auswirkungen des Konsums von Social Media und Unterhaltungsprogrammen gibt es zahlreiche, kaum mehr überschaubare Mitteilungen von Fachleuten und Medien. Der Regierungsrat spricht von Studien, die einen positiven Effekt des Smartphones auf Lernende feststellten, nennt aber keine konkreten Resultate oder Quellen dazu. Er schreibt im Planungsbericht B 127: «In einer Demokratie hat die Schule die Aufgabe, die Lernenden zur Teilhabe an der Gemeinschaft zu motivieren, Gemeinschaft zu üben und zu leben, die gegenseitige Unterstützung und das soziale Lernen zu fördern und so der Fragmentierung der Gesellschaft entgegenzuwirken.» Die Nutzung von Smartphones in der Schule, auf dem Pausenplatz und auf dem Schulweg wirkt aber gerade diesem Auftrag der Schule diametral entgegen. Es gibt gute Begründungen und starke Indizien, dass der Konsum von Smartphones im Zusammenhang stehen könnte mit Angststörungen, Depressionen, Schlafmangel, Schlafstörungen, Einsamkeit, Isolation, sozialem Vergleichswahn und Selbstwerts-, Konzentrations- sowie Aufmerksamkeitsstörungen. Fachkreise bezweifeln, dass Jugendliche ihren Handykonsum selbstständig regulieren und eigenständig Medienkompetenz erwerben können, da sie aus entwicklungsneurologischer Sicht noch nicht über eine hinreichende Selbstregulierung verfügen. Die sozialen und entwicklungspsychologischen Schäden und die damit stark steigenden Kosten für sonderpädagogische Massnahmen im Verhalten rechtfertigen ein umfassendes Handyverbot an Schulen durch den Kanton.

Ramona Gut-Rogger: Es braucht kein Verbot für die Nutzung von Handys an den Volksschulen. Es braucht viel mehr eine Sensibilisierung für den sinnvollen Umgang mit den Smartphones. Sie sind nicht nur eine Gefahr, sondern können auch Vorteile fürs Lernen mitbringen. Mit einem Verbot von Smartphones an den Luzerner Volksschulen sind die Gefahren für unsere Kinder und Jugendlichen bei Weitem nicht beseitigt. Die sich bietenden Chancen für den sinnvollen Nutzen gehen hingegen verloren. Aus diesem Grund spricht sich die FDP-Fraktion klar und deutlich gegen ein Verbot aus. Smartphones sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Kinder und Jugendliche müssen lernen, Smartphones sinnvoll in den Alltag zu integrieren. Dazu brauchen die Kinder Vorbilder. Das sind ihre Eltern, ihre Verwandten und Bekannten und ihre Lehrpersonen. Wir als ganze Gesellschaft sind also gefordert. So soll es in der Verantwortung der einzelnen Schulen liegen, welche Handlungsanleitungen zu welchem Zeitpunkt gelebt werden sollen.

Elin Elmiger: Wir sind wohl allem im Besitz eines Smartphones und diese Geräte haben auch Einzug in die Lebensrealität der Jüngsten unserer Gesellschaft gehalten. Die

Auswirkungen des Handykonsums werden uns in Zukunft noch oft beschäftigen. Viele Folgen können auch erst langfristig festgestellt werden. Das müssen wir ernst nehmen und an diesem Thema dranbleiben. Ein generelles Handyverbot an Schulen erachtet die SP-Fraktion aber nicht als richtige Massnahme. Medienkompetenz im Lehrplan sowie pädagogische Massnahmen und Weiterbildungen für Lehrpersonen erachten wir als richtige Werkzeuge, um die Schülerinnen und Schüler im Umgang mit Smartphones zu schulen. So sieht es auch der Regierungsrat. Wie die Regierung schreibt, liegt die Führung der Volksschule rechtlich bei den Gemeinden. Das macht Sinn, denn die Schulen kennen die Herausforderungen, Bedürfnisse und Probleme ihrer Schülerinnen und Schüler am besten. Statt einem kantonalen Verbot können die Schulen beispielsweise gemeinsam mit der Schülerschaft Massnahmen diskutieren und Regeln zum Umgang mit Smartphones gestalten. Das Jugendparlament des Kantons Luzern hat die Themen Smartphone und soziale Medien ebenfalls diskutiert. Was die Jugendlichen fordern, sind auch keine Verbote, sondern ein stärkerer Schutz in den sozialen Medien durch eine gezielte Sensibilisierung der Eltern und der Öffentlichkeit. Jugendliche haben durchaus ein Bewusstsein für ihren Medienkonsum und sollen darin gestärkt werden. Solche Ansätze finden wir sinnvoller und nachhaltiger. Die SP-Fraktion teilt die Sicht der Regierung. Wir sind offen für kommende Diskussionen und behalten das Thema im Fokus.

Irina Studhalter: Die Anfragende hat ein Thema aufgegriffen, das in unserer Fraktion kontrovers diskutiert wurde. Ich vertrete die Mehrheit der Grünen Fraktion, Sabine Heselhaus wird eine andere Position einbringen. Wir sehen die Chancen, welche Smartphones bieten. Wir wollen diese Chancen und Möglichkeiten betonen und schätzen sie. Es gibt auch grosse Herausforderungen, welche smarte Geräte für uns alle und damit auch für Kinder und Jugendliche mit sich bringen. Das ist für den Schulbetrieb eine konstante und grosse Herausforderung. Smartphones können den Unterricht und die Konzentration stark stören. Die Schulen sind sich dessen bewusst und haben entsprechende Lösungen. Das ist in der heutigen Diskussion wichtig zu betonen: Es gibt Regelungen und Handhabungen. Wahrscheinlich keine einzige Schule hat keine Reglementierung von Handys. Es gibt Handyverbote und Smartphonepausen oder bildschirmfreie Zeit oder wie auch immer diese Begriffe in der Praxis lauten. Wir diskutieren hier lediglich über die kantonale Handhabung. Gleichzeitig führt der Regierungsrat aus, dass ein reflektierter und verantwortungsbewusster Umgang mit digitalen Geräten gelernt sein will. Bei den aufgeführten Kompetenzen zum Lehrplan finde ich zwar, dass diese wenig mit Smartphones zu tun haben, sondern auch alle mit Schullaptops geübt werden könnten, wie zum Beispiel Quellen zu recherchieren und ihre Qualität zu beurteilen. Trotzdem, um einen sinnvollen Umgang mit dem Smartphone zu lernen, muss der Umgang geübt werden können. Es braucht Praxisübungsfelder und diese schaffen wir nicht, indem Smartphones komplett verschwinden. Der Verzicht auf ein Verbot macht es für die einzelnen Schulhäuser und Schulleitungen nicht einfacher. Sie müssen eigene Wege entwickeln und einen eigenen Umgang finden. Wir Grünen wünschen uns vom Regierungsrat, dass er die Volksschulen dabei proaktiv mit Handlungsempfehlungen unterstützt, an denen sie sich orientieren können. Diese müssen dringend up to date sein. Das zitierte Merkblatt «Problemfall Handy» stammt aus dem Jahr 2006. Zudem habe ich dieses Merkblatt übrigens auch nach einigen Minuten googeln und Recherchen nicht online im Original gefunden. Die betroffenen Kinder waren 2006 gar noch nicht auf der Welt. In der Antwort heisst es, dass der Umgang mit Smartphones ein bekanntes Thema ist und der Regierungsrat kein kantonales Verbot will. Eine Mehrheit der Grünen Fraktion teilt diese Haltung. Wir erwarten aber eine substanzelle und forschungsorientierte fachliche Unterstützung der Schulen.

Claudia Huser: Der Kanton verfügt über die nötige Fachkompetenz sowie die Dienststelle

Volksschulbildung (DVS) und sehr fachkompetente Schulleitungen und Schulrektoren in jeder Gemeinde. Daher ist es für die GLP-Fraktion klar, dass wir nicht auf dieser Ebene der Politik über dieses Thema diskutieren müssen. Wir vertrauen diesen Fachpersonen.

Sabine Heselhaus: Ich vertrete eine kleine Minderheit der Grünen Fraktion. Die Frage der Smartphonenuutzung an unseren Volksschulen ist keine pädagogische oder technische, sondern eine gesundheitspolitische Herausforderung. Denn der Einfluss digitaler Geräte, insbesondere von Smartphones, auf die kindliche Entwicklung ist erwiesenmassen tiefgreifend. Die Studienlage ist eindeutig, ich zitiere aus «The Lancet»: «Eine hohe Bildschirmzeit steht in signifikantem Zusammenhang mit reduzierter Schlafdauer, erhöhter Reizbarkeit, Aufmerksamkeitsstörungen und einem erhöhten Risiko für depressive Symptome bei Kindern und Jugendlichen.» Ich erinnere daran, dass unsere Kinder- und Jugendpsychiatrie ziemlich überlaufen ist und wir auch im Rahmen der Sonderschulpädagogik Probleme haben. Die Entwicklung zeigt, dass Kinder und Jugendliche unter chronischer Reizüberflutung leiden. Sie haben Mühe sich zu konzentrieren, sich sozial einzufügen oder einen gesunden Schlafrhythmus zu finden. Wir können nicht länger die Augen davor verschliessen, dass die omnipräsente Smartphonenuutzung ein Risikofaktor ist, und zwar ein ernst zu nehmender. In anderen gesundheitsrelevanten Bereichen wie Ernährung, Suchtprävention oder Bewegung haben wir längst erkannt, dass eine frühzeitige Regulation notwendig ist. Warum nicht auch hier? Als Gesellschaft und insbesondere als Staat tragen wir eine Fürsorgepflicht. In der Schule, wo unsere Kinder einen Grossteil ihres Alltags verbringen, müssen wir besonders aufmerksam sein. Ein kantonales Smartphoneverbot wäre kein Zeichen von Rückschritt, sondern Ausdruck verantwortungsvoller Prävention. Es geht nicht darum, digitale Bildung zu verhindern, im Gegenteil. Es geht darum, einen klaren Rahmen zu schaffen, in dem das Lernen mit digitalen Mitteln kontrolliert, begleitet und sinnvoll stattfinden kann. Deshalb plädieren wir eindringlich dafür, dass wir als Kanton die Weichen für Prävention und ein gesundes Aufwachsen unserer Kinder stellen.

Tobias Käch: Wir scheinen einen gemeinsamen Nenner zu haben: Wir alle wollen gesunde Kinder und Jugendliche. Ich bitte Sie aber bei all Ihren Gedanken um Verbote etwas zu bedenken: Wir haben die Handynutzung nirgendwo so gut im Griff, wie in der Schule. Natürlich gibt es dort auch Probleme, aber diese können die Lehrpersonen direkt mit den Jugendlichen bearbeiten und lösen. Wenn Sie das Problem also anpacken wollen, dann bitte dort, wo es hauptsächlich auch anfällt: Zu Hause, in der Freizeit, am Abend und leider auch in der Nacht. Als Lehrer bin ich Ihnen dankbar.

Anja Meier: Das spannende an den Smartphones ist ja, dass wir Erwachsenen gleichzeitig wie Kinder und Jugendliche lernen müssen, wie wir gut damit umgehen können. Smartphones sind ein integraler Bestandteil unserer Lebensrealität, und dies sorgt immer wieder für Diskussionen. Aber die in der Anfrage zitierten, kulturpessimistischen Schlussfolgerungen von Jonathan Haidt zum Medienumgang von Jugendlichen, werden von der Fachwelt sehr kritisch betrachtet. Umfassende Metaanalysen zeigen nämlich, dass es keinen statistischen Zusammenhang zwischen der Nutzung sozialer Netzwerke und der psychischen Gesundheit gibt. Während Jonathan Haidt selektiv Studien zitiert, die seine Thesen stützen, zeigen wissenschaftliche Gesamtauswertungen vielmehr ein differenzierteres Bild, nämlich, dass eine digitale Mediennutzung die Wahrscheinlichkeit hat, bereits bestehende Belastungen zu verkürzen. Kurz: Korrelation ist nicht das Gleiche wie Kausalität. Kinder und Jugendliche sind nicht einfach an die digitale Welt verloren gegangen. Sie pflegen sehr oft einen reflektierten Umgang mit den digitalen Medien. Sie treffen sich nach wie vor gerne mit Kolleginnen und Kollegen, unternehmen gerne etwas zusammen und haben vielfältige Interessen. Das heisst nicht, dass es keine Risiken gibt im Medienalltag und wir

problematische Mediennutzungsverhalten vernachlässigen sollten. Aber die Vorstellung, dass der Verzicht auf Smartphones die beste Form der Medienerziehung ist, passt schlicht und einfach nicht mehr in die heutige Zeit. Wir können das Rad nicht einfach aus Nostalgiegründen zurückdrehen. Smartphones sind Realität und mit Risiken verbunden. Aber sie bieten Kindern und Jugendlichen auch vielfältige Chancen zur Teilhabe, zum Austausch, zur Vernetzung und zur kreativen Entfaltung. Kinder und Jugendliche müssen wie wir Erwachsenen auch lernen, gut mit Smartphones umzugehen, einen gesunden Umgang damit zu finden, die eigene Mediennutzung zu regulieren, Inhalte kritisch einzuordnen, zu hinterfragen und eine gesunde Balance zum Offlineleben zu finden. Dabei benötigen Kinder und Jugendliche Unterstützung. Ihr Schutz und ihre Befähigung im digitalen Raum ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der nebst den Eltern auch Schulen, Behörden, Plattformunternehmen und der Politik eine wichtige Rolle zukommt. Die Regierung führt das in ihrer Antwort auch sehr differenziert aus. Regeln zur Handynutzung können durchaus Sinn machen, gerade an Schulen. Aber dann sollen sie nicht kantonal von oben nach unten verordnet, sondern bottom-up eingeführt werden, partizipativ gestaltet und auf die Bedürfnisse vor Ort an den jeweiligen Schulen reagieren – wie das heute schon möglich ist. Wir müssen die Prävention stärken und die Menschen aller Generationen befähigen, sich sicher, kompetent und verantwortungsbewusst im digitalen Raum zu bewegen.

Urs Christian Schumacher: Zum Votum von Tobias Käch: Es ist schon so, dass ein grosser Handykonsum zu Hause und in der Nacht stattfindet. Aber ich höre auch sehr oft, dass durch die Schule und die Kollegen in der Schule der Druck auf andere Kinder fällt. Das ist eine Problematik.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter, in Vertretung von Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Fabian Peter: Ich erlaube mir eine persönliche Bemerkung: Für uns Erwachsene – und das zeigt auch meine Erfahrung als Vater –, ist der Umgang mit der Smartphonenuutzung der Kinder herausfordernd und anstrengend. Das betrifft mich in meiner Funktion als Vater vor allem in der Freizeit der Kinder. Wie wir gehört haben, geht es um ein Thema in der Freizeit, in der Schule und in der Familie, aber nur gemeinsam können wir die Kinder auf den künftigen Umgang vorbereiten. Seien wir ehrlich, denn manchmal ist es auch für uns Erwachsene eine Herausforderung, unseren Konsum im Griff zu behalten und wir sind die Vorbilder unserer Kinder. Der Regierungsrat anerkennt die möglichen Risiken eines unkontrollierten Medienkonsums, betont jedoch, dass digitale Medien auch Chancen für Bildung und soziale Interaktion bieten. Die Zuständigkeit für die Smartphonenuutzung liegt bei den einzelnen Schulen, die durch den Lehrplan 21 auch verpflichtet sind, den sinnvollen Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln. Diesbezüglich verweise ich gerne auf das Votum von Gabriela Schnider-Schnider. Die Verantwortung für einen sinnvollen und sicheren Umgang mit dem Smartphone ist jedoch nicht nur Aufgabe der Schule, sondern auch des Elternhauses. Elternveranstaltungen an Schulen tragen zusätzlich dazu bei, die Eltern auf Gefahren der Smartphonenuutzung aufmerksam zu machen. Wir müssen also die Kinder auf diesem Weg begleiten. Ein generelles kantonales Verbot für alle Volksschulen erachten wir nicht als zielführend, da es der Autonomie der Schulen und den pädagogischen Zielsetzungen widersprechen würde. Lernen Verantwortung zu übernehmen bedeutet eben auch, dass junge Menschen Lernmöglichkeiten brauchen, um diese Verantwortungsübernahme unter Beweis zu stellen. Wenn das nicht gelingt, begleitet die Schule auch individuell. Die Schulen haben bereits heute die Möglichkeit, die Nutzung einzuschränken und vorübergehend gar zu untersagen. Das wird auch gemacht. Diese Massnahmen sollen weiterhin in der Kompetenz der einzelnen Schulen liegen. Auch partielle

Verbote wie zum Beispiel in der Pause generell für alle Volksschulen im Kanton erachten wir nicht als sinnvoll, sondern wir sind der Meinung, dass der individuelle Weg weiterhin der bessere ist. Der Regierungsrat setzt also weiterhin auf individuelle Regelungen der einzelnen Schulen und flankiert durch bestehende Unterstützungsangebote im Bereich Digitalität der DVS. Wir alle sind uns aber bewusst, dass uns dieses Thema in den nächsten Jahren beschäftigen wird und wir immer wieder auf die aktuellen Herausforderungen reagieren müssen.